

Preiskontrollierungen und Einzelgenpreise sind in der Hauptausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Verleger: Döbhoff 202-297
Tel.-Wortsch.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Einzelgenabteilung:
Geschäftszeit 9-3 Uhr
Verleger: Döbhoff-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Döbhoff 202-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Regierungswirren auf dem Balkan.

Sturz der Tsankoff-Regierung. — Militärdiktatur in Griechenland.

Sofia, 4. Januar. (WIB.) Tsankoff wurde vom König mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Man erwartet, daß das neue Kabinett spätestens morgen gebildet sein wird.

Ueber die Persönlichkeit des voraussichtlichen neuen Ministerpräsidenten macht die Bulgarische Telegraphen-Agentur folgende Angaben: Tsankoff ist im Jahre 1866 geboren. Er ist ein Wirtschafts- und Finanzpolitiker und zählt zu den Vorkämpfern der Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien. Journalistisch gearbeitet Tsankoff nachher in den Hauptorganen der demokratischen Partei mit, in der er zusammen mit Rastoff Führer wurde. Im Jahre 1908 hatte Tsankoff zum ersten Male im Kabinett Rastoff, das die Unabhängigkeit Bulgariens verhandelte, das Finanzministerium inne. Zehn Jahre später bekleidete Tsankoff denselben Posten in dem Kabinett, das auf Radostanoff folgte, und in seiner Eigenschaft als Mitglied der Regierung unterzeichnete er den Waffenstillstandsvertrag von Saloniki im September 1918. Er nahm tätigen Anteil an der Bewegung, die zur Verschmelzung mehrerer alten Parteien führte und zur Bildung der „demokratischen Entente“, zu deren Gründern er gehört. In dem Augenblick, als Tsankoff zur Kabinettsbildung berufen wurde, war er Vorsitzender der parlamentarischen Mehrheitsgruppe der Regierungspartei.

Militärdiktatur in Griechenland.

Pangalos vertraut auf „die bewaffneten Kräfte“.

Athen, 4. Januar. (Melbung der Agence d'Athènes.) Bei einem von der republikanischen Garde zu Ehren des Ministerpräsidenten Pangalos veranstalteten Bankett brachte der Kommandant der Garde einen Trinkspruch auf den Ministerpräsidenten aus, in dem er betonte, es sei der Wunsch der Armee, daß die Regierung ihr Werk fortsetze und jeden Widerstand breche, woher dieser auch komme.

In seiner Erwiderung gab Ministerpräsident Pangalos einen

Ueberblick über die von der Armee seit der Militärrevolution von 1909 gespielte Rolle, nach welcher Griechenland wunderbare Leistungen habe vollbringen können. Seitdem aber der Staatsmann, der Großgriechenland geschaffen habe, beschloßen habe, zu Wahlen seine Zuflucht zu nehmen, habe Groß-Griechenland begonnen zu sinken und sei in das Unheil in Kleinasien gestürzt. Dann sei die Revolution von 1922 gekommen, die zur Erschleichung von fünf Staatsmännern geführt habe, der es aber nicht gelungen sei, in den politischen Sitten des Landes eine Gesundung herbeizuführen. Der Ministerpräsident tadelt darauf die Haltung der Führer politischer Parteien, namentlich im Verlauf des letzten griechisch-bulgarischen Zwischenfalles, und fuhr fort: „So bin ich denn entschlossen, von morgen an jede Verantwortung für die Lage zu übernehmen, wobei ich mich auf das Vertrauen der bewaffneten Kräfte verlasse, um das Vaterland zu retten.“ Die Worte des Ministerpräsidenten riefen Kundgebungen sämtlicher Offiziere für den Ministerpräsidenten hervor. In seiner weiteren Rede hob Pangalos die von der Regierung gemachten Anstrengungen zur Reorganisation der Armee und der Flotte hervor und schloß mit der Erklärung: „Ich stelle ein neues Programm auf, das sich nur auf die bewaffneten Streitkräfte gründet.“ Am Abend durchzog die republikanische Garde die Straßen Athens, wobei sie Hochrufe auf Pangalos ausbrachte.

Athen, 4. Januar. (Melbung der Agence d'Athènes.) Die Zeitungen werden eine amtliche Bekanntmachung veröffentlichen, in der es heißt: Infolge der Haltung und der Erklärungen einiger politischer Parteiführer, aus denen hervorgeht, daß sie trotz der Warnungen der Regierung den Senatswahlen eine politische Färbung geben wollen, verlag die Regierung die Senatswahlen auf unbestimmte Zeit, in der Ueberzeugung, daß diese Wahlen ihren Hauptzweck nicht erfüllen würden, der in dem fortschreitenden Nachlassen der politischen Spannung bestand, sondern nur dazu beitragen würden, die politischen Leidenschaften aufzureizen und die Ruhe des Volkes zu stören.

Sozialisten und Regierungsbeteiligung.

Vorausichtliche Ablehnung auf dem französischen Parteitag.

Paris, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In einer großen Anzahl von Departements ist am Sonntag die Borentscheidung über die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, über die am kommenden Sonntag der außerordentliche sozialistische Parteitag zu entscheiden haben wird, durch die Parteiorganisationen gefallen.

In Paris ist die Abstimmung zwar auf Freitag verlag worden, aber da die Delegierten gebundene Mandate haben, läßt sich schon voraussehen, daß der Eintritt in die Regierung mit etwa 140 gegen 80 Stimmen abgelehnt werden wird. Auch in der Provinz hat am Sonntag eine überraschend große Zahl von Departements gegen den Eintritt in ein bürgerliches Kabinett gestimmt, so das Departement Basches du Rhone (Marseille) mit 225 gegen 10 Stimmen, Rhone (Lyon) mit 66 gegen 37, Somme (Amiens) mit 41 gegen 21 Stimmen, Hautes Alpes (Chambéry) mit 61 gegen 53 Stimmen, sowie die Departements Loire, Saône et Loire und Gard.

Die Resolutionen Renaudels und Corrad, die für die Regierungsbeteiligung eintreten, haben gestiftet in den Departements Var, Pas des Calais, Finistère, Bug de Dome, Allier, Puy-de-Dôme, Garonne und Oberlohn. Für eine bedingte Regierungsbeteiligung haben sich die Departements Lot und Gironde ausgesprochen.

Amerikanisch-deutscher Stahltrust?

Eine Vörlaufentation?

Die „N. Y. am Mittag“ meldet aus New York: Die New Yorker Zeitungen, besonders „World“, „Herald Tribune“ und „Chicago Tribune“, bringen die außerordentlich aufsehenerregende Nachricht, daß eine große Trustverschmelzung amerikanischer und deutscher Stahlindustrien bevorsteht. Die Verschmelzung soll auf amerikanischer Seite die Stahlwerke umfassen, die der Bankfirma Dillon Reed u. Co. gehören.

Dillon Reed ist die jüngste Macht in Wallstreet. Dieser junge, rührige Finanzkapitän besitzt auch ererbte Stahlwerke, die bisher neben den Schwabischen Stahlgruppen weniger Bedeutung hatten. Er scheint nun auch die Führerschaft auf dem Stahlmarkt anzustreben und den Kampf gegen Schwabs Vormachtstellung aufnehmen zu wollen. Das scheint der Stna der Interessensfusion mit der mächtigen deutschen Stahlindustrie zu sein.

Als deutsche Partner der Verschmelzung werden von „Herald Tribune“ die Gruppen Thyssen, Otto Wolf, Rhein-Eisbe, Rhein Stahl, Rißner und allenfalls auch Krupp genannt. Die jährliche Produktionsfähigkeit des neuen Trustes würde 14 Millionen Tonnen Stahl darstellen, sie würde also den Kampf gegen Schwab durchaus ermöglichen. Die formelle Veröffentlichung der Fusion durch Dillon Reed soll schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Wir verzeichnen die Nachricht, obwohl ihr Inhalt wenig wahrscheinlich ist. Es kommt im Verfolg der Wirtschaftskrise sicher einmal auch zu internationalen Fusionen der Schwerindustrie. Es ist auch höchwahrscheinlich, daß schon heute der Kreditbedarf des werdenden deutschen Montantrusts zu einer

starken Einschränkung amerikanischen Kapitals auf die deutsche Montanindustrie führen wird. Von hier bis zu einer internationalen Fusion ist aber ein sehr weiter Weg. Man wird die Nachricht deshalb vorläufig als Börsenmanöver oder amerikanische Hausseffensation betrachten müssen.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Wachsen der Opposition gegen Mellons Plan.

New York, 4. Januar. (WIB.) Die republikanische Opposition gegen Mellons Plan der Regelung des deutschen Eigentums, der die Ausgabe von Obligationen in Höhe von 250 Millionen Dollar vorsieht, ist stark im Wachsen begriffen, so daß die Zeitungen mit der Möglichkeit rechnen, daß der Plan unter den Tisch fällt. Mellon soll die erste Absicht haben, ihn nicht mehr vor den Kongreß zu bringen. Das Wachsen der Opposition wird auf eine Strömung unter der Führung des Senators Reed zurückgeführt, der den amerikanischen Steuerzahlern nicht neue Belastungen aufbürden wolle.

Ein Fwed-Standal?

Paris, 4. Januar. (WIB.) Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Nachricht aus New York, für die ihr die volle Verantwortung übernommen werden muß. Danach sollen an der Spitze eines großen Aluminiumkonzernes Sekretär Mellon und sein Bruder Richard Mellon stehen. „Die New York World“ mache nunmehr dem Sekretär den Vorwurf, er habe das Gesetz über die Trusts dadurch verletzt, daß dieser Konzern sich eine Art Monopol anmake. Es sei deshalb eine Untersuchung eingeleitet worden.

Schwache Börse.

Die heutige Börse war infolge der Verlängerung der Mittelstandskredite, des optimistischen lautenden Berichtes der Dresdner Bank und infolge der wesentlichen Frankensesserung zuverlässiger und freundlicher gestimmt. Das Geschäft allerdings nahm keinen größeren Umfang an. Die verschiedenen Zufallsorders genügten, um wesentliche Kursveränderungen hervorzubringen. Erst auf die sensationelle Nachricht der „S. Z.“ über einen angeblichen deutsch-amerikanischen Stahltrust schritt die Spekulation zu Käufen in Montanaktien, doch wurden hier, wie auf den anderen Märkten die Gewinne im weiteren Verlaufe nicht gehalten.

Der Rentenmarkt lag nicht freundlich. Schuggebiete 3,90, Kriegsanleihe 0,155. Der Geldmarkt ist außerordentlich reich geworden. Tägliches Geld 8 bis 10, mittlerer 7%, Monatsgeld gar nicht gefragt, 9% bis 11%. Am Devisenmarkt setzte der französische Frank mit 129 ein und konnte sich bald bis auf 126 bessern.

Wieder Inbetriebnahme der stillgelegten Werke in Westfalen. Die vor einigen Wochen auf dem Eisen- und Stahlwert Hoersch wegen Auftragsmangels stillgelegten Walzwerke werden im Laufe der nächsten Woche wieder in Betrieb genommen. Der Phönixbetrieb in Hörde wird die zeitweilig vor den Feiertagen stillgelegten Werke am 11. Januar wieder in Gang bringen.

Strafauflösung für Benckas. Mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand Benckas hat der Justizminister den Vollzug der Strafe einstweilen ausgesetzt. Benckas hat heute vormittag das Budapestier Untersuchungsgefängnis verlassen.

Trozkis Sieg.

Die Niederlage Sinowjews.

Der Parteitag der Bolschewiki hat diesmal einen ungewöhnlichen, hochdramatischen Verlauf genommen. Nach tagelangen, leidenschaftlichen Debatten, in deren Verlauf sich erst die ganze Schärfe der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der regierenden Partei gezeigt hatte, hat die offizielle Führung unter Stalin einen entscheidenden Sieg errungen. Zwar hat die Wahl der 63 Mitglieder des Zentralkomitees keine Veränderungen gebracht, aus denen man auf einen organisatorischen Sieg der Parteimehrheit schließen könnte. Aber eine Körperschaft von 63 Mitgliedern ist in einem Lande, in dem Parteidiktatur herrscht, selbstverständlich nur Kulisse. Ausschlaggebend ist die Befehung des sogenannten Politbureaus, jener Instanz, der alle wichtigen Entscheidungen der russischen Politik zur Prüfung vorgelegt werden. Hier ist nur noch Sinowjew als Mitglied geblieben. Kamenew ist zum Stellvertreter degradiert und Sokolnikow, der russische Finanzminister, ist überhaupt ganz ausgeschlossen. Noch vor einem Jahre verlangten Kamenew und Sinowjew den Ausschluß Trozkis nicht nur aus dem Politbureau, sondern auch aus der Partei. Heute ist Trozki wieder Mitglied des Politbureaus und Kamenew und Sokolnikow sind selber ausgeschlossen.

Sinowjews Stellung ist aber nicht nur dadurch schwer erschüttert. Bei der Abstimmung über den von ihm erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Komintern enthielten sich 89 Delegierte der Stimme. Diese 89 Delegierten sind aber nicht etwa, wie mancher angenommen hat, identisch mit den Delegierten, die mit Sinowjew zusammen gegen die Resolution des Zentralkomitees gestimmt haben, sondern es handelt sich hierbei um die Stimmenthaltung fast aller maßgebenden Parteiführer, die dadurch Sinowjew eine deutliche Warnung zuteil werden lassen wollten. In der Diskussion haben zwar nicht die offiziellen Führer der KPR., aber sicher im Einverständnis mit ihnen Parteitagdelegierte darauf hingewiesen, daß die Komintern sich durch eine reichliche große Zahl von Krisen ausgezeichnet habe. Leute wie Ruth Fischer und Maslow hätten niemals die Führung der deutschen Partei in die Hand bekommen dürfen. An dieser Entwicklung der Dinge könne Sinowjew nicht ganz unschuldig gemessen sein. Wenn also auch Sinowjew vorläufig noch der Führer der Komintern bleibt, so hat man ihm doch deutlich zu verstehen gegeben, daß auch diese Position nicht für die Ewigkeit ist. Er wird sich auch hier nur halten können, wenn er sich dem Willen der Parteileitung unterwirft.

Einschneidende Maßnahmen hat der Kongreß ferner gegenüber der Leningrader Parteiorganisation beschlossen. In der Redaktion der Leningrader „Prawda“ ist ein radikaler Wechsel vollzogen. In der Sprache der Parteitagmehrheit heißt das, daß die Leningrader „Prawda“ aus einem Organ einer „Gruppe“ zu einem Organ „der Partei“ gemacht worden ist. Noch am Morgen des 29. Dezember lasen die Leningrader Arbeiter in der „Prawda“ in großen Lettern die Kunde, daß das Leningrader Proletariat geschlossen hinter seiner Delegation und hinter dem Leningrader Bolschewik Sinowjew stünde. Am Morgen des 30. Dezember lasen die Arbeiter in ebenso großen Lettern in demselben Blatte, daß das ganze Leningrader Proletariat geschlossen hinter der Gesamtpartei stehe. Richtig ist nur, daß beide Meldungen falsch sind. Jedenfalls geht aber daraus hervor, daß die Parteimehrheit entschlossen ist, auch organisatorisch in Leningrad vorzugehen. Selbstverständlich wird sie dabei gewisse Erfolge haben.

Ueber die Vorgeschichte des Konfliktes hat Stalin in seinem Schlußwort nach dem Bericht der „Prawda“ vom 29. Dezember sehr interessante Ausführungen gemacht. Er setzt auseinander, daß die Oppositionellen in keiner einzigen politischen Frage eine gemeinsame Plattform haben; nur in einem Punkte seien sie einig, in dem Verlangen nach einer Reform des Sekretariats. Schon 1923 habe man ihm den Vorschlag gemacht, das Politbureau aufzuheben, das Sekretariat zu politisieren und es aus Sinowjew, Trozki und Stalin zusammenzusetzen (Trozki galt damals noch nicht als Opposition). Der Sinn dieses Vorschlages sei gewesen, aus der tatsächlichen Leitung der Partei Männer wie Rykow, Kassin, Tomski, Molotow und Bucharin auszuschließen. Er habe sich energisch gegen diese Pläne gewandt, da ohne diese Männer eine Führung der Partei nicht möglich sei. Er berichtet dann weiter Einzelheiten über die Kämpfe, die im Politbureau im Laufe des vergangenen Jahres hinter den Kulissen stattgefunden haben. Namentlich gegen Bucharin hat sich die Opposition gewandt, weil er in einem unbewachten Augenblick die berühmte Parole „Bereichert euch“ ausgegeben hätte. Alle diese Einzelheiten zeugen von einem heftigen hartnäckigen und andauernden Kampfe, der es verständlich macht, daß auch auf dem Parteitag die Gegensätze explosionsartig auseinanderprallen.

Trotz des unzweifelhaften Sieges der Parteiführung ist aber nicht anzunehmen, daß die Gegensätze damit erledigt sind. Aus den Versicherungen der bolschewistischen Presse geht hervor, daß die Opposition sich nur äußerlich unterworfen hat, daß sie in ihrem Innern aber offenbar entschlossen ist, den Kampf in geeigneter Form fortzuführen. Innerhalb der Partei wird sie freilich vorläufig keine Aussicht auf Erfolg haben, denn die Fortführung der offiziellen Politik ist



für die Volkswirtschaft eine Lebensfrage, eine Maßnahme zur revolutionären Phase ist für sie seit langem schon eine Unmöglichkeit. In Stalin verfügt sie zudem über einen Mann von rücksichtsloser Energie und Charakterfestigkeit, der vor keiner Maßnahme zurückzucken wird, falls die Opposition gefährliche Forderungen annehmen sollte. Der Kongress ist gleichzeitig ein ausgeprägter Sieg Trozki's, der jetzt seinen Triumph und seine Rache erlebt. Er hat sich sicher im Einverständnis mit den übrigen Führern der KPR in berechnender Reserve gehalten und sein leidenschaftliches Temperament diesmal noch gezügelt. Trozki's ist er aber ausgesprochenste politische Persönlichkeit und die geistige Führung wird auf ihn übergehen. Bucharin, der nach außen hin als eine Art theoretischer Parteipapst gilt, spielt demgegenüber keine Rolle. Er wird nach wie vor für die jeweilige Situation die jeweiligen Thesen fabrizieren. Führen werden Trozki und Stalin. Aber auch sie werden nicht stärker sein als die Taischen, die schon seit langem den Kurs der Politik in Russland bestimmen. Entscheidend für die geschichtliche Entwicklung wird ihre Stellung nur insofern sein, als von dem Verhalten dieser Männer es abhängen wird, wie die Volkswirtschaft den weiteren Abbau der Diktatur und den Übergang zu normalen Lebensbedingungen vollziehen.

## Taktikdebatte in Warschau.

### Die Koalitionsfrage auf dem Parteitag.

R. Bn. Warschau, 1. Januar 1926.

Als vor wenigen Wochen das Ministerium Grabki nach langen schweren Kämpfen endgültig zurückgetreten war, trat an seine Stelle eine sehr große Koalition, der von den Parteien des polnischen Parlaments nur die nationalen Minderheiten, die äußerste Rechte und auch die linke Bauernpartei (Wozwolensie = Befreiung) nicht angehören. Die polnische Sozialistische Partei nimmt an der Koalition teil und ist im Kabinett durch den Arbeitsminister Biemiński und den Minister des Innern, Genossen Moraczewski vertreten. Die Ministerkrisis machte reichlich gelächelt, schon weil der Fall des instabilsten Jotz längerer Jäger nicht erlaubte und es konnte zwischen den Parteien der Koalition nicht mehr über alle einzelnen ihrer Forderungen Endgültiges vereinbart werden. Solcher Forderungen hatte die PPS eine ganze Reihe aufgestellt; sie betrafen starke Ersparungen im Staatshaushalt und Reinigung der Verwaltung von schweren Korruptionserscheinungen. Der bekannte amerikanische Finanzfachverständige Young hatte nach gründlicher Prüfung erklärt, daß der polnische Staat mit rund 800 Millionen 1919 jährlicher Ausgaben sein Auslangen finden müßte; die Staatsausgaben betragen aber fast 2000 Millionen und man hat sie zunächst auf 1600 Millionen reduziert. Das ist nur durch großen Beamtenabbau, durch Gehaltskürzung der Staatsbeamten und Angestellten, sowie durch Abbau des Heerwesens zu erreichen. Die Steuern hatte Grabki schon so angepaßt, daß die Industrie dadurch zu weitgehenden Stilllegungen gezwungen worden ist, an Steuererhöhungen kann nicht gedacht werden. Bei den Gehaltskürzungen ist es unfernen Genossen gelungen, die verschiedenen Zulagen der Eisenbahner fast unverfehrt zu erhalten, während diese Rücksicht bei den Beschäftigten der Richter und Verwaltungsbeamten nicht genommen worden ist. Eine Herabsetzung des Heeresstandes steht bevor. Doch man sich in einem Lande mit allgemeiner Wehrpflicht und hohem Präsenzstand befindet, sieht man in Warschau jeden Augenblick an den vielen Soldaten und Offizieren, denen man unausgesetzt begegnet. Die PPS hat für die Ausführung ihrer Ersparungsmaßnahmen eine Frist von drei Monaten gemährt und wird sich dann über ihren weiteren Verbleib in der Koalition und in der Regierung schlüssig zu machen haben. Eine Opposition in der Partei, die jedoch nicht etwa in bestimmten Parteiblätern ihren Ausdruck findet, aber auf dem Parteitag ziemlich zahlreich vertreten ist, hat nun eine Reihe ganz ähnlicher Forderungen aufgestellt, die die Parteileitung in ultimativer Form den anderen Koalitionsparteien vorlegen soll.

Darum geht nun in der Hauptphase die Debatte auf dem

Parteitag, die an die Referate der Genossen Persi und Baricki anschließt. Als der Führer der Opposition kam von 24 Abg. Katenba betrachteten, aber auch einige Zister der größten Gewerkschaften sprechen in diesem Sinne. Die Tätigkeit erwidert darauf, daß alle diese Forderungen ja nur durch Parlamentsbeschlüsse durchgesetzt werden können, deren Zustandekommen man nicht durch Ultimaten erzwingen könne; die dreimonatige Frist sei ja selbst schon eine Arbeit Ultimatum. Die Opposition wiederum erklärt, mit der ultimativen Forderung nur zu wollen, daß die Forderungen den übrigen Koalitionsparteien gegenüber energig vertreten werden und daß bei einer Ablehnung die PPS. ausscheiden soll.

Man wird die Resolutionen beider Gruppen in einem Ausschuss zu vereinbaren suchen; gelingt das nicht, so dürfte die Entschließung der Opposition abgelehnt werden.

Es spielt in die Debatte auch eine gewisse Aufsehung dagegen hinein, daß manche älteren Führer der Partei nach ihrer jahrzehntelangen opferreichen und gefährlichen Betätigung fast ganz auf die Erläuterung der Selbständigkeit und Staatlichkeit Polens geistig eingestellt waren und vor allem auf ihre Erhaltung und Verteidigung eingestellt bleiben, während in der schweren Wirtschaftskrise der Gegenwart für die polnische Arbeiterklasse und den größten Teil der polnischen Bevölkerung überhaupt die Erhaltung ihres Lebensniveaus und darum die rasche Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Forderungen viel dringender erscheinen.

Mit dem Gegner links beschäftigt sich die Parteitagdebatte bis jetzt fast gar nicht. Dies mag zum Teil auch daran liegen, daß die kommunistische „Konkurrenz“ nur illegal betrieben werden kann, da jede öffentliche Betätigung den Kommunisten verwehrt ist. Es wird auch vielfach veräußert, daß die polnischen Arbeiter dem Kommunismus wenig zugänglich seien, der nur in den östlichen Randgebieten, unter den Wehrkräften und Ukrainern und unter Ausnutzung deren nationalen Wünschen und Beschwerden Eingang finde, zumal wenn er durch Moskauer Rubel gefördert werde.

### Dajgnski für die Koalition.

R. Bn. Warschau, 4. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Weiterführung der politischen Debatte am Sonnabend vormittag brachte nicht nur eine Wiederholung, sondern auch eine Verstärkung der beiderseitigen Argumente. Wenn die Opposition besonderen Wert auf ein Zusammengehen der PPS. mit der linken Bauernpartei (Befreiung) legt, so hält die Mehrheit ihr entgegen — und am eindrucksvollsten tat das unter gespannter Aufmerksamkeit Genosse Dajgnski —, daß diese Partei für ein Zusammengehen mit der PPS. die Bedingung gestellt hatte, die PPS. müsse sich vom Lande zurückziehen und sich auf die Städte und Industrieorte beschränken. Darauf war natürlich nicht einzugehen und darüber hinaus greift die Bauernpartei „Wozwolensie“ in ihrer Presse die PPS. darob auch noch an: Starke Wirkung hatte auch das Argument Dajgnski's, daß es darauf ankomme, an der Staatsverwaltung zugunsten der Arbeitslosen teilzunehmen, statt es durch Ueberlassen der Regierung an die Bürgerlichen allein dahin treiben zu lassen, daß die Arbeitslosen etwa in ihrem Elend Ausschreitungen begehen und dann in Konflikt mit der Staatsgewalt gelangen. Freilich hatten Oppositionsredner betont, daß trotz der sozialistischen Regierung so manche Behörden und hohe Verwaltungsbeamten, besonders im altpolnischen Kohlenrevier von Dombrowski-Bendzin, noch wie vor parteilich zugunsten der Arbeiter seien.

Da die Opposition befürchtet, daß die Koalition ein teilweises Aufgeben des werbetätigen Parteiprogramms bedeute, hielt man ihr entgegen, daß für die meisten ausländischen Bruderparteien die Frage einer Koalition nur eine solche der Taktik, längst aber nicht mehr eine Frage des Grundprinzips sei. Die reichsdeutsche Sozialdemokratie zum Beispiel, meinte Dajgnski, der deutsche Reden und Schriften müheles versteht, trete jetzt nicht in die große Koalition ein, weil ihr die Situation nicht danach angetan erscheine — sie werde aber, wenn sie es für richtig halte, gewiß wieder dazu bereit sein. Uebrigens habe man in Polen auch schon in früheren Jahren das Ende der Partei von ihrer Koalitionsbereitschaft vorhergesagt, aber statt daran zu sterben, habe die PPS. durch einen solchen Entschluß, zur Zeit des Russeneinfalls, Polens Grenze wieder hergestellt und ihm den Frieden gebracht.

So wogte der oft sehr temperamentvolle, rednerisch bei dem Redatent der Slawen vollendete Kampf der Argumente bis in den Nachmittag des dritten Verhandlungstages. Unterbrochen wurde er durch eine herzliche Ovation für den Minister Gen. Moraczewski, der nach gefährlicher Krankheit, noch mit verbundenem Kopf, auf dem Kongress erschien und sogar noch eine Rede für die Koalition hielt. Sehr bezeichnend war es, daß zwar die Erwählung des Namens Joseph Pilsudski, des ersten Warschauer von Polen, Beifall auslöste, dieser aber zu einmütiger Zustimmung anwuchs, als der Redner, Gen. Jaworowski, Vorsitzender des Warschauer Kreisorganisation, betonte: Wir dulden keine Diktatur und sollte ein Pilsudski selbst sie fordern, so würden wir gegen ihn aufstehen. (Man muß wissen, daß der Nationalheld bis vor einiger Zeit stets Mitglied der PPS. gewesen ist.)

In das Plenarium des 14-jährigen Senators Gen. Sofoslaw Bismarowski, der noch vor Monaten öffentlich gesprochen hat, entsandte der Kongress eine Abordnung und heute nachmittag geleiteten die Delegierten mit der Warschauer Arbeiterkassette die alte und edle Revolutionärin Marie Paszkowska zu Grabe.

### Die Resolutionen des Parteitags.

Warschau, 4. Januar. (B.N.) Der 20. Landestag der sozialistischen Partei Polens ist gestern nach vierstündiger Beratung geschlossen worden. Der Eintritt der sozialistischen Minister in die Koalitionsregierung Strajnski wurde gebilligt.

Weiter sahte der Kongress eine Reihe von Resolutionen als Richtlinien der äußeren und inneren Politik der Partei für den nächsten Zeitabschnitt. Die bemerkenswertesten dieser Entschlüsse, soweit sie die innere Politik betreffen, sind: Aufrechterhaltung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, Kampf gegen Spekulation und Teuerung, Durchführung aller Bestimmungen der Verfassung, Erfüllung der Autonomie für jene Minderheiten, die in geschlossenen Gebieten siedeln, Aufhebung der Standgerichte und aller Ausnahmeverordnungen, Anwendung des Leuzerungsindex und Erweiterung der Hilfe für die Arbeitslosen, Durchführung der Agrarreform und endlich Abschluß der Handelsverträge mit Deutschland und der Räteunion.

Für die von der Partei zu vertretende auswärtige Politik nahm der Kongress nach einem Referat des Abgeordneten Niedzielski eine Entschlüsselung an, die sich für das Genfer Protokoll ausspricht und die Haltung der Partei zum Vertragwerk von Locarno — die polnische sozialistische Partei hatte sich für Locarno ausgesprochen — billigt.

### Das Kapitalistenparadies.

200 000 Dollar — das Tageseinkommen von Ford und Sohn.

Aus Washington schreibt man uns: Das demokratische Kongressmitglied Rainey, ein entschiedener Gegner der beabsichtigten Verminderung der Sondersteuer auf große Einkommen um nicht weniger als die Hälfte, machte im Parlament die Mitteilung, daß Henry Ford nach 11 Jahren, vorausgesetzt, daß sein wirtschaftliches Glück anhält, ein Tageseinkommen von einer Million Dollar haben wird. Heute schon profitierten Ford und sein Sohn zusammen täglich 200 000 Dollar. Rainey erklärte außerdem, daß nach zwei weiteren Generationen ein Duzend amerikanischer Familien den größeren Anteil an dem Volkvermögen der Vereinigten Staaten besitzen würde, wenn nicht eine gerechte Besteuerung der großen Einkommen dieser Entmischung Einhalt gebiete.

Militärische Vorbereitungen der Türkei? Nach einer aus London übermittelten Agentenmeldung aus Bagdad ist in Diarbekir, 320 englische Meilen nordwestlich von Mosul, eine weitere türkische Division eingetroffen. Von der Rostlagergrenze werden beträchtliche türkische Truppenbewegungen gemeldet.

Dem Gedächtnis Wilsons. Aus New York wird gemeldet: Der Geburtstag des verstorbenen Präsidenten Wilson wurde in 300 Städten Amerikas begangen. Die Postverwaltung hat anlässlich des Jahrestages eine neue 17-Cent-Wilson-Gedenkmarke herausgegeben.

## Silvester in Warschau.

Von Richard Bernstein.

Zu Ehren der in- und ausländischen Teilnehmer des Polnisch-Sozialistischen Parteitages hatte die Warschauer Organisation am Silvesterabend ein Bankett im Restaurant des Sejmgebäudes veranstaltet. Wie in Prag das große Konzerthaus des Rudolphinums als Parlamentsgebäude hergerichtet worden ist, zumal der alte böhmische Landtag sehr klein und primitiv war, so hat man in Warschau eine ehemalige russische Schule für höhere Töchter (der zarischen Offiziere und Beamten) vorläufig als Parlamentsgebäude umgestaltet — ein merkwürdiger Parallelismus, allerdings nur ein äußerlicher, zur Sowjetdiktatur, deren erstes Heim ja auch ein gewisses Erziehungsinstitut für junge Mädchen der obersten Klasse gewesen ist, das Smolny-Institut. Das Warschauer Parlamentsgebäude liegt ziemlich weit draußen in einer gar nicht feierlichen und gar nicht eleganten Straße, durch die nicht einmal die Straßenbahn geht. Aber das Haus ist recht geräumig und hat einen großen Wandgang; doch ist der Sitzungssaal ungeeignet, man wird bei längerem Aufenthalt darin nervös, und dies, zusammen mit dem Temperament der Polen und ihrer andersstämmigen Staatsgenossen, ruft gar nicht selten große Lärmereien hervor.

Leut war es auch auf der Silvesterfeier der Warschauer Genossen, aber es war die laute Fröhlichkeit, die sich in der Freude über die Anwesenheit der führenden Mitkämpfer aus dem ganzen Staate und der Vertreter ausländischer Bruderparteien äußerte. Man kann in der Tat die herzlichste Gastlichkeit und aufrichtigste Freundschaft unserer polnischen Genossen gegen uns Ausländer nicht genug preisen.

Als es auf Mitternacht geht, gebietet man Stille: Dajgnski will sprechen! Da erhebt er sich an der Ehreninsel, der überschante, weißhaarige Mann, für den wir jungen österreichischen Genossen damals, als er im Wiener Parlament seine berühmten Redeschlachten schlug, vor Begeisterung durchs Feuer gegangen waren. Und er spricht von den Ereignissen des letzten Jahres, von den Fortschritten der Völkerverständigung, von den Aussichten ihrer Vertiefung und Erweiterung, von dem sonderbaren Ergebnis der bolschewistischen Kiewrevolution, daß sie in einer neuen kapitalistischen Wirtschaft münde, und er schließt mit dem Ruf zum neuen Kampfe und neuen Erfolg im neuen Jahre — we nowym roku! Die Gläser klingen zusammen, die Hochrufe auf den Führer wollen kein Ende nehmen, und da steht schon eine Gruppe und singt das altpolnische Segenslied: „Hundert Jahre!“ Wehmütig wird dem dabei zumute, der einige Stunden vorher von Dajgnski selbst gehört hat, wie sorglich er jeder Aufregung wegen seines kranken Herzens aus dem Begegnen muß.

Und dann ein verlangendes Ausrufen: „Kto ma mówić?“ Und da steht unter Parteivorstehender auch schon und dommert Worte der Zuversicht, Verkündigungen des Sieges, Hoffnungen des Heils für die arbeitende Menschheit aller Völker, von denen Dajgnski gesagt hatte, daß sie alle zu gleicher Zeit das Ziel des Sozialismus erreichen werden, weil sie es nur zugleich erreichen könnten, nicht die in Moskau früher und die anderswo war weiß wieder später!

Und wieder will des Jubels kein Ende sein. Die polnischen Genossen, die schon länger im politischen Kampf stehen, oder höhere Schulen besucht, oder im deutschen Sprachgebiet gearbeitet und gelebt haben — sie alle verstehen mehr oder weniger Deutsch. Und wenn selbst nicht, so haben sie gefühlt und dadurch begriffen, was Otto Wels ihnen zugerufen hat im Roman und im Geiste der acht Millionen reichsdeutscher Sozialdemokraten!

Soukup aber, der Vizepräsident des tschechoslowakischen Senats, der nun reden soll, der stimmt gleich einem slavischen Kampfesang an — ein Lied, das nicht gegen ein anderes Volk gerichtet ist und das die meisten Zuhörer gleich mitsingen.

Und wieder Song und Reden und Rufe und Frohsinn. Der aber steigt immer höher und auf einmal steht man, wie ein paar handfeste polnische Genossen einen der Gäste anpacken und ihn lautmächtig zu den Russen „Gr lebe“ (niech żyje!) in die Höhe werfen und wieder auf ihren Händen halb zu Boden senken, bis sie ihn unbeschädigt auf seinen Sessel legen. Dieses Schicksal ist keinem von uns erspart geblieben — auch den Genossen nicht, nur daß der Stuhl, auf dem sie saßen, die vier- bis sechsmalige Himmelfahrt mitmachen mußte.

So haben wir diesmal den Übergang ins neue Jahr gefeiert. Wäre es in Wien gewesen, so hätten wir uns mit dem Rufe „Freundschaft“ getrennt — in Warschau grüßt man sich in der Partei mit „szczęśliwość“ — einem Wort der Ehrung, nicht so sehr des Kommandos „Achtung“ aus der ehemaligen Kampftruppe der PPS., als sie illegal und konspiratorisch gegen die zarische Herrschaft kämpfte. Heimweh. Die Gollstokale offen und beleuchtet. Kein Lärm bringt aus ihnen, kein Lärm ist auf der Straße. Man trifft nur ganz wenige Leute, und diese sind mehr stillvergüht als lärmüchtig.

Interessengemeinschaft zwischen der Koalition und südlichen Oper. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen dem Kultusminister und dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin stattgefunden, die die Anbahnung einer Interessengemeinschaft zwischen der staatlichen und südlichen Oper zum Ziele hatten. Auf beiden Seiten scheint Neigung zu bestehen, bald zu praktischen Ergebnissen zu gelangen. Man hofft in künstlerischer und wirtschaftlicher Beziehung günstige Wirkungen zu erzielen.

„Die Autische der heiligen Liebe“ hat den Franzosen Prosper Merimee zum Verfasser. Es ist eine höchst literarische und geistvolle Komödie also, aber trotzdem auf einer Bühne Berlins ein ziemlich langweiliges, untheatralisches und schlechendes Geschehen. Von Andreas, Bischof zu Vera, hat eine Geliebte, die Schauspielerin Camilla Pericolas; diese Schauspielerin betrügt den glückseligen, brummigen alten Mann von vorn und hinten und macht ihn auf geschickte, weibliche Weise dummen, wie er miträusch wird. Nur daß man der Gräfin Jacoben spanisches Schauspielerinstrumental schwerlich glaubt, es erscheint ausgepöppelt; die Kunst der Jacoben wurzelt offenbar in anderen, ganz anderen Bezirken, und klein ist ihre Ausstrahlung neben der Strömung Dostojewski's, der den machtlosen Nachhader herrlich auf der Grenze zwischen Angst und Trost, Schwäche und Kraft, Kulturjuch und Stummigkeit hantieren läßt. So war das Ganze wohl eine Parodie für

Hamolka, keine aber fürs Theater, keine fürs Publikum, war nur Literatur. — Anschließend spielte man „Boulevard“ von Courteline. Die Komödie ist schon bekannt, der Erfolg war größer als der der „Autische“, das Zusammenpiel immerhin auch etwas besser. Sehr menschlich, sehr echt und im Innersten packend war hier als Töpel wieder Hamolka, ihm sekundäre Wolf Benedendorff als wühlender und stöchernder Kleinbürger, indes René Stobrowa als Weile nicht sonderlich fesselt; aus ihrer Rolle hätte Heinz Goldberg, der Regisseur, sicher weit mehr herausziehen können. Und weil es eben nicht um den Funkeinsatz des Stars, sondern um ein anständiges Ensemble geht, kann die Sonnabend-Premiere im „Kleinen Theater“ keine „Premiere“ genannt werden, keine Vorstellung also, die einen Preis verdient: Stückwahl und Darstellung waren sehr unausgeglichen, der Abend befriedigte nur halb.

Hedwig Wangel in „Gespinnster“. Um sich die Mittel zu verschaffen, ein Heim für entlassene weibliche Strafgefangene zu erbauen, ist Hedwig Wangel wieder zur Bühne zurückgekehrt, und demselben Zweck dienen die Aufführungen von Hlens „Gespinnster“, die sie jeden Sonntag nachmittag in den Kammerspielen des Deutschen Theaters veranstaltet. Hedwig Wangel spielt Helene Wasing, überragend, besonders nach in einem Ensemble, das uneinheitlich und in manchen Rollen durchaus unzureichend ist. Diese Helene Wasing ist nicht die resignierende Frau, die auf ihre Leiden wie auf etwas Vergangenes zurückblickt, die ruhig darüber sprechen kann. Noch einmal erlebt sie alles in der Ueberhaltung mit Wanders, ihre Stimme zerbricht, die Finger zerlegen das Taktentuch, das Leben hat die Erlebnissfähigkeit nicht getötet, nicht Resignation dämpft leidenschaftliche Ausbrüche, sondern die Haltung der großen Dame, letzten Endes die gesellschaftliche Konvention, von der diese Helene Wasing nicht frei ist. Vorliegend, gültig und temperamentvoll, Dame und Mutter, Mensch und Gesellschaftswesen, verliert sie erst ihre Haltung, als sie den Zusammenbruch des Sohnes erlebt. Nein, sie wird und kann nicht Oswald die Morphiumpulver reichen, ihre Liebe ist dessen nicht fähig, in flehender Verzweiflung schreit sie ihr „Nein“ heraus. Neben Hedwig Wangel nur noch der Wanders Ferdinand Gregoris, endlich, lebenswichtig und borniert, ein Komödiant der Wangel. H. S.

„Jan“ im Puppenpiel. Es lohnt sich schon, das kleine Werk anzusehen, das Waldemar Heder mit seinem Marionettentheater im Grotrian-Steinweg-Saal auf die Bühne stellt. Da ist der alte Puppenplein, das Vorbild des Weisheits, von den geschickten Händen zünftiger Puppenplein gehalten, bewegt und mit Leben erfüllt. Da ist Wepphilo, dem er sich weh schreibt, da ist Kasperle, Faustens munterer Gegenstück, der nachwährend auf der Erde zurückbleibt, als Faust vom glühenden Raden der Hölle (buchstäblich) verschlungen wird. Es dauert bei Heder nur wenige Minuten, bis man Distanz zu diesem Spiel gefunden hat, bis man Leben in den feinen Figuren findet und an ihren Freuden und Schmerzen teilnimmt. Nachher hat man nachdenkliche Stunden, daß wir einer Sache entfremdet sind, die große und künstlerische Darstellungsmöglichkeiten auch für die Menschen von heute noch erkennen läßt.

Das Robert-Rafle\* geht von jetzt ab, Roland des Bären\*







